

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

7.7.1922 (No. 155)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Sprecher:
C. Amend,
Karlsruhe.

Verlagspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 90 M. — Einzelnnummer 1.50 M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, das als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Koalitionserweiterung im Reiche.

Nach Lage der Dinge ist es nicht nur aus parlamentarischen Gründen notwendig, daß die bisherige Regierungskoalition so erweitert wird, daß sie über eine feste und kompakte Mehrheit verfügt, sondern es ist auch aus innerpolitischen Gründen höchst erwünscht, wenn jetzt einmal eine Klärung darüber herbeigeführt wird, welche Parteien ehrlich und aufrichtig zum neuen Staat und zur Verfassung stehen, und welche nicht.

Zunächst sind Unterhandlungen mit den Unabhängigen eingeleitet worden; und zwar mit dem Erfolg, daß die Unabhängigen sich grundsätzlich zum Eintritt ins Kabinett bereit erklärt haben. Es ist das zweifellos ein wichtiges Ereignis. Die Unabhängigen verlassen damit den Boden unfruchtbarer Negation und betreten statt dessen den Boden positiver Mitarbeit. Die Bedingungen, die sie für ihren Zutritt zur Koalition gestellt haben, sollen so sein, daß sie die Verhandlungen jedenfalls nicht von vornherein aussichtslos machen. Wie man hört, sind einzelne Bedingungen so gehalten, daß auch die nichtsozialistischen Koalitionsparteien ihnen sehr wohl zustimmen können; und was die anderen Bedingungen betrifft, so wollen die Unabhängigen darüber noch mit sich reden lassen. Und da auch die beiden nichtsozialistischen Parteien der Koalition grundsätzliche Einwendungen gegen den Zutritt der Unabhängigen nicht erhoben, hätte eigentlich mit einer ziemlich raschen Erledigung dieser Frage gerechnet werden können.

Aber es ergab sich, daß die Sache doch komplizierter lag, als man anfangs angenommen hatte. Zentrum und Deutschdemokraten verhalten nämlich die Auffassung, daß es am besten sei, die Koalition nicht nur einseitig nach links, sondern auch nach rechts zu erweitern, d. h. also praktisch nicht nur die Unabhängigen, sondern auch die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei offiziell mit in die Koalition aufzunehmen.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat jedoch locale dieser Auffassung widersprochen, und mit Entschiedenheit betont, daß sie eine Einziehung der Deutschen Volkspartei ablehnen müsse, daß sie lediglich an der Bildung einer festen Linksmehrheit interessiert sei. Der „Vorwärts“ hat noch gestern diesen Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie mit den Worten festgelegt, daß „sich eine klare Situation und die beste Aussicht auf Erfolg ergäbe, wenn Zentrum, Demokraten und die beiden sozialistischen Parteien zusammenziehen“; breche aber diese republikanische Einheitsfront auseinander, so würden wir in das Chaos stürzen, die republikanische Regierung würde beseitigt werden und der Staat selbst werde von der Gefahr allgemeiner Auflösung bedroht sein. Daß die Unabhängigen sich gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei wehren, war ja als selbstverständlich vorauszusetzen.

Es wäre nun aber gewiß recht überflüssig, wenn man annehmen wollte, daß Zentrum und Deutschdemokraten ohne triftige Gründe ihren Vorschlag, die Koalition auch nach rechts zu erweitern, angemeldet hätten. Zunächst müssen diese Parteien doch immerhin auf gewisse Wählerkreise Rücksicht nehmen, die, wenn sie schon auf dem Boden der Verfassung und des neuen Staates stehen, doch die Zusammenarbeit mit den Unabhängigen gefühlsmäßig scheuen und für eine solche eigentlich nur dadurch gewonnen werden könnten, daß gleichzeitig auch eine Koalitionserweiterung nach rechts erfolgt.

Andererseits wird es dem Zentrum und den Deutschdemokraten wohl darauf angekommen sein, jetzt einmal die gute Gelegenheit zu benutzen und vor der ganzen Öffentlichkeit festzustellen, inwieweit denn Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei überhaupt gefonnen sind, ehrlich am neuen Staate mitzuarbeiten. Und deshalb sind denn auch diesen beiden Parteien ganz präzise formulierte Bedingungen unterbreitet worden, deren Annahme als Voraussetzung für eine Erweiterung der Koalition nach rechts zu gelten habe. Was diese Bedingungen anlangt, so sind sie so beschaffen, daß eigentlich kein Anhänger der neuen Staatsidee eine Partei von der Mitarbeit innerhalb der Regierung ausschließen dürfte, wenn diese Bedingungen angenommen werden. Und eigentlich müßte dann auch für die beiden sozialistischen Parteien der Grund zum Protest hinfällig werden.

Wenn wir die Dinge so betrachten, können wir sogar so weit gehen, daß wir den Schritt des Zentrums und der Deutschdemokraten willkommen heißen als einen erwünschten Schritt zur Klärung. Wie gemeldet wird, soll die Bayerische Volkspartei jene Bedingungen nicht akzeptiert haben. Dagegen heißt es, daß die Deutsche Volkspartei sehr ernstlich entschlossen sei, diese Bedingungen sorgfältig zu prüfen; ja, es scheint so, als ob eine Mehrheit in der Deutschen Volkspartei für die Annahme dieser Bedingungen sei.

Würde die Deutsche Volkspartei jene Bedingungen offiziell und in aller Form annehmen, so würde sie damit ganz von selbst aus dem eigentlichen Bereich der Reichsparteien, aus dem Dunstkreis der Reaktion ausscheiden. Sie würde als eine republikanische Verfassungspartei, als eine Partei des neuen Staates zugelten haben. Wenigstens, soweit ihre offizielle Haltung in Betracht kommt. Inwieweit diese offizielle Politik von den Wählermassen gebilligt und befolgt werden würde, das bliebe natürlich eine offene Frage. Diese offene Frage allein könnte es zur Not rechtfertigen, wenn die beiden sozialistischen Parteien bei ihrer ablehnenden Haltung beharrten. Der Staatspolitiker, der das Ganze überblickt, der den Gang der Entwicklung in seiner Gesamtheit verfolgt und auch vor einem gewissen Risiko nicht zurückschreckt, wenn nur dem Zuge dieser Entwicklung überhaupt gedient wird, ein solcher staatsmännisch veranlagter Politiker wird dann wohl die Meinung vertreten, daß man auch angesichts dieser offenen Frage ein Auge zuzudrücken habe, und daß es genüge, wenn die Parteileitung sich offiziell zur Einhaltung von Bedingungen verpflichtet, die ihrem Wortlaut und ihrem Sinne nach nichts anderes bedeuten, als die restlose Anerkennung des neuen Staates unter gleichzeitiger Verabschiedung einer jeden, irgendwie reaktionär gerichteten Politik. Dieser Gewinn wäre unseres Erachtens zunächst einmal so groß, daß man daraufhin schon etwas riskieren könnte.

Die Besichtigung liegt nun allerdings nahe, daß derartig staatspolitische Erwägungen wohl noch nicht Aussicht auf allgemeine Beachtung haben. Im übrigen muß aber natürlich abgewartet werden, was nun die Deutsche Volkspartei beschließen wird. Lehnt sie jene Bedingungen ab oder forciert sie an ihnen so viel herum, daß sich berechtigtes Mißtrauen in die Ehrlichkeit ihrer Absichten regen muß, so ist eben der Versuch zur Erweiterung der Koalition nach rechts gescheitert. Aber er ist dann gescheitert unter Umständen, die es dem Zentrum und den Deutschdemokraten ermöglichen, die Notwendigkeit der Bildung einer festen Linkskoalition vor allen ihren Wählern zu begründen.

Inzwischen hat sich auch die Deutschnationale Volkspartei bemerkbar gemacht. Wie der „Vorwärts“ zu berichten weiß, hat der deutschnationale Parteiaussschuß es mit großer Mehrheit abgelehnt, die Beziehungen zu dem deutsch-völkischen Flügel der Partei zu lösen; auch der Antrag auf Ausschließung des Abgeordneten Wulle sei abgelehnt worden. Das deutet darauf hin, daß die Deutschnationale Volkspartei weiterhin eine extreme bzw. radikale Politik betreiben wird. Um so notwendiger scheint uns deshalb der Zusammenschluß aller Parteien zu sein, die auf dem Boden des neuen Staates und auf dem Boden der republikanischen Weimarer Verfassung stehen.

Das havelländische Luch.

Von Oberregierungsrat Specht.
(Schluß).

Das ganze Gebiet der Genossenschaft umfaßt 6840 Hektar, von dem man nach dem Vorschlag annahm, daß sich etwa 2600 Hektar, also ungefähr die Hälfte, in Acker umwandeln lassen. Die nächsten Aufgaben der Genossenschaft bestanden in dem Ausbau des Grabenwesens, in der Herstellung von Überfahrten und Durchläßen. Diese Arbeiten waren veranschlagt auf 845 050 Mark. Weiter waren notwendig der Umbruch des Moorlandes und zwar auf eine Tiefe von mindestens 20 Zentimeter. Dazu brauchte man holländische Ergo-Mobilpflüge (Benzolbetrieb), Scheibeneggen und schwere Walzen; auch mit dem Landbaumotor wurde zeitweise gearbeitet. Die

Kosten für diese Maschinen sind unter den Bewirtschaftungskosten angegeben. Ferner waren Aufwendungen erforderlich für Düngung und Aussaat. Die Düngung erfolgt z. B. in der Weise, daß in der Regel pro Hektar und Jahr 8 Zentner 40prozentiges Kalisalz und als Phosphorsäuredüngung 6 Zentner Knochenmehl gegeben werden. Das Thomasmehl hat sich, wo der Boden zu kalkreich ist, nicht bewährt. Stickstoffdünger darf wegen des hohen Stickstoffgehalts des Niedermoorlandes nur in geringem Umfang und nicht zu Getreide gegeben werden, weil sonst Lagerfrucht entsteht. Im Bedarfsfalle wird als Stickstoffdünger Ammoniumsulfat (27 Prozent) und zwar 4 Zentner pro Hektar gegeben. — Die erwähnte Düngung wird in der gleichen Weise auf Acker und Wiese gegeben. Die ersten Kosten für Düngung und Aussaat waren veranschlagt auf 834 450 M. Hierzu kamen noch 319 700 Mark für Verbesserung der Wege, Bauaufsicht, Bauleitung, Einbau kleinerer Pumpanlagen, Herstellung von Windschutzstreifen, Vergütung der Genossenschaftsvorsteher, Rechners, Unvorhergesehenes, im ganzen 2 300 000 Mark als Kosten der oben beschriebenen Folgeeinrichtungen. An Bewirtschaftungskosten für 2500 Hektar Ackerland waren vorgesehen 1 050 000 Mark. — Es mußten angeschafft werden: Flugapparate, Düngereummaschinen, Drillmaschinen, Mähmaschinen für Gras und Getreide, Eggen, Heubender und Rechen, Dreschmaschinen, Wirtschaftswagen. Es waren zu errichten Feldschneuren, Düngerschuppen, Geräte- und Maschinenschuppen, Baracken für die Arbeiter und ihre Familien. Vorgesehen war weiter die Errichtung von Stellmacherei und Schmiede, die Anschaffung von Pferden (20 Stück je 500 Hektar), von Feldbahnen usw. Im ganzen belief sich der Vorschlag auf 3 350 000 M. Die Mittel wurden der Genossenschaft gegeben durch den Kreis und die Provinz. Bei der Ausführung hat der Vorschlag große Veränderungen erfahren. Es ist weit mehr geschaffen worden, als ursprünglich geplant war. Das ergibt schon der nun folgende Bericht über das eine Gut Teufelschhof.

Im Teufelschhof ist für die Verwaltung ein stattliches Gutshaus errichtet worden. Dem Administrator Erbe stehen zur Seite ein Oberinspektor, ein Assistent, ein Lehrling und ein Rechnungsführer. Auf dem Gute sind alle notwendigen Werkstätten vorhanden: eine Sägerei, eine Schlosserei und eine Maschinen- und Wagnerwerkstätte. Diese Werkstätten sind notwendig für einen so allein liegenden Betrieb. Zur Unterbringung der 125 Arbeiter sind zuerst hölzerne Baracken, die hintermauert wurden, später massive Gebäude errichtet worden. Von den Arbeitern hat jeder seinen Garten und ein entsprechendes Duplat. Zur Unterbringung der Früchte sind 8 Feldschneuren vorhanden, die ganz modern eingerichtet sind. Es ist möglich, durch Selbstentladevorrichtungen in eine Scheune im Tage 110 Wagen einzufahren und zu entladen. Ein Nachteil des Gutes ist, daß nicht rechtzeitig richtige Stallungen errichtet wurden. Es können nur 50 Stück Rindvieh (Rühe und Jungvieh) gehalten werden. Das Gut hat eigene Wasserversorgung und elektrische Kraft und Licht. Eine Feldbahn, die je nach Bedarf verlängert werden kann durch liegende Geleise führt nach den Feldern, so daß alle Guterträge mit der Feldbahn transportiert werden können. Sie wird betrieben mit 3 Köln-Decker Feldbahnlokomotiven.

An Zugtieren sind 40 Pferde einschließlich Reitpferde vorhanden. Das Gut Teufelschhof mit seinen 3400 Morgen (der Morgen zu 25 Ar gerechnet) ist in diesem Jahre wie folgt eingeteilt. Es sind bestellt:

- 50 Hektar mit Kartoffeln,
- 80 Hektar mit Zuckerrüben,
- 50 Hektar mit Sommerweizen,
- 25 Hektar mit Gersthafer,
- 50 Hektar mit Bohngemenge (Gersthafer und Sau-
bohnen) und
- 20 Hektar mit Futterrüben.

40 Hektar sollen noch mit Rispengras angefaßt werden und zwar um den Samen für Rispengras selbst zu gewinnen und wenn der Versuch gelingt, eine Grassamenreinigungsanstalt einzurichten. Gegenwärtig wird der Samen von Wörten in Randsowich in Kommern bezogen, wo neben Darmstadt die einzige Grassamenreinigungsanstalt in Deutschland sein soll. Der Rest des Gutes besteht aus 250 Hektar Wiese und 250 Hektar Weide. Der noch verbleibende Rest ist Wirtschaftshof, Anpflanzung, unkultiviertes Land u. dergl. m.

Winterung wird im Teufelschhof nur für den eigenen Bedarf gebaut wegen der Gefahr der Auswinterung. Die Auswinterung ist auf die Bodenverhältnisse, nicht etwa auf Futarium zurückzuführen. Die Sommerung gedeiht in Teufelschhof ausgezeichnet. Hafer wird allerdings rein nur wenig gebaut. Am besten gedeihen die Gemenge Gerste und Hafer sowie Bohngemenge (80 Pfd. Bohnen, 20 Pfd. Gerste und 10 Pfd. Hafer auf 1/2 Hektar). Das Bohngemenge ist geschrotet ein ausgezeichnetes Futter. Die Bohnen und das Gemenge werden auch getrennt verwendet. Die Bohnen werden durch einen Schneidreißer herausgeholt.

Die Erträge sind gemessen an den Durchschnittserträgen in Baden, außerordentlich hohe. Es werden geerntet im Durchschnitt an Rüben 600 Zentner pro Hektar, Kartoffeln 400 Zentner.

Mit Stallmist gedüngte Kartoffeln gaben im letzten Jahre 560 Zentner pro Hektar. An Kartoffeln werden hauptsächlich Industrie gebaut, die im Westen und Südwesten bekanntlich nur noch geringe Erträge, hier aber Höchstträge geben. Von Hafer werden geerntet 60 Zentner pro Hektar, Gersthafer und Gemenge mit Bohnen 60—80 Zentner.

Infolge der kleinen Viehzahl ist der tierische Dünger gering; es werden deshalb die Wiesen mit Kompost gedüngt. Etwas mehr Stallung beschafft sich das Gut dadurch, daß es der Domäne Stenberg Stroh liefert und dafür Düng ein-tauscht.

Im Gemüsegarten gedeiht alles Gemüse sowie Obst, Stein-
obst, Beerenobst, Apfel und Birnen (Spalterobst). Auch

Mit einer Beilage: 61. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Waldbäume mit Ausnahme der Tanne zeigen ein gutes Wachstum. Besonders schön gedeiht die Lärche. Noch größer wie die Erträge des Ackerlandes sind die Wiesenerträge. Es werden durchschnittlich 120 Zentner pro Hektar geerntet; in dem ersten Jahre nach der Kultivierung betrug die Ernte sogar 160 Zentner. Die an der Bodenverbesserungsgenossenschaft beteiligten Grundstücksbesitzer bekommen daher einen reichlichen Ertrag für ihr Ackerland, das sie früher kaum als Streuland nutzen konnten. Sie sind mit der Entschädigung und der Bewirtschaftung ihres Geländes durch die Bodenverbesserungsgenossenschaft auch sehr zufrieden.

Die Kultivierung der Wiesen geht in der Weise vor sich, daß das Gelände in der Regel vor Winter mit dem Ergo-Mobilpflug gepflügt wird. An Stelle des Motorpflugs soll übrigens jetzt ein kleiner Kenna-Dampfzug Dresden angeschafft werden, weil das Benzol als Betriebsstoff außerordentlich teuer ist und als Heizstoff für den Dampfzug auf dem Gute selbst Torf vorhanden ist. Der Dampfzug ist auch leichter zu handhaben. Die Personalfrage ist daher nicht so schwierig, wie bei dem mit Benzol betriebenen Ergo-Mobilpflug. Aber Winter bleibt das ungepflügte Gelände auf rauher Furche liegen; im Frühjahr wird es 2-5 mal mit der Scheibegabe durchgearbeitet. Hierdurch sowie durch Eggen und Walzen wird ein gutes Saatbett geschaffen. Pro Hektar werden 80 Kilo einer bemährten Grassmischung ausgelegt. Nach dem Ansaen wird wieder gewalzt und dann der Samen mit der Saategge eingegeben.

Das Walzen spielt im Acker und überhaupt im Moorgebiet eine außerordentlich wichtige Rolle. Auf der 3. Reichslandwirtschaftskonferenz in Oldenburg befragten es Direktorat Glatz Oldenburg, Präsident von Schwerin und Professor Dr. Tade sehr, daß noch keine allen Anforderungen entsprechende Walzen gebaut wurden. Nach den Mitteilungen von Administrator Erbe ist es der Gasmotorenfabrik Köln-Deutz nun gelungen, eine den höchsten Anforderungen gerecht werdende Walze zu bauen. In Teufelsdorf wird eine neue Deutzer Motorwalze mit eingebautem Motor verwendet mit einer Tagesleistung von 60-80 Morgen (10 Stunden). Die Walze wurde uns vorgeführt. Sie ist 165 Zentner schwer, 2,60 Meter breit und hat 50 PS. Eine solche Walze kostet heute allerdings 350 000 Mark. Es sind noch 2 ältere Deutzer Walzen vorhanden, die auch als gut bezeichnet werden.

Wie oben schon erwähnt, kann infolge des Fehlens von Stallungen nur eine geringe Anzahl Vieh auf dem Gute selbst gehalten werden. Es wird daher Vieh auf dem Gute selbst gehalten. Auf den Weiden befinden sich in diesem Jahre 700 Stück Vieh, darunter 400 Stück aus der Gegend von Stahfurt, Magdeburg, dem Harz und Oldenburg. Es sollen noch weitere Weideflächen angelegt werden, so daß 1200 Stück Vieh auf dem Gute während der Weidezeit (Mai, Juni, Juli, August, September) gehalten werden können. Das Vieh ist bei jeder Witterung Tag und Nacht im Freien. Unterfindungsmöglichkeiten für das Vieh sind keine vorhanden. Das Vieh gedeiht trotzdem ausgezeichnet. Der Graswuchs ist auch so üppig, daß das Futter von dem Vieh gar nicht vollkommen bewältigt werden kann.

Der Ackerbau hat natürlich auf dem erst wenige Jahre kultivierten Gelände mit starkem Unkraut zu rechnen. Der Kampf muß hauptsächlich gegen Hebrich, Quecken und Bitterling geführt werden und zwar geschieht dies im wesentlichen mit der Hade.

Wie im Moore überhaupt macht auch der Frost vielfach großen Schaden. Ein dem Acker eigentümlicher Schaden ist die Winderwehung, die namentlich den Pflanzlingen gefährlich wird; man hofft sie mit der Zeit durch Windschutz (Anpflanzung von Bäumen usw.) zu bekämpfen.

Die Kulturarbeiten sind im Gebiet der Bodenverbesserungsgenossenschaft weit am weitesten vorgeschritten. Dort sind fertig kultiviert 2700 Hektar. Bei den andern Genossenschaften sind fertig: „Mitte“ 150 Hektar, „Wahlitz“ 100 Hektar, „Am großen Acker“ 200 Hektar.

Am Spätnachmittag führen wir nach Berlin zurück. Auf der Wagenfahrt zur Station Bismarck haben wir noch die Domäne Hertefeld, die Domänenpächter Schurig nebst dem ihm zu Einium gehörigen bis zur Bahn hinziehenden Gelände aus dem „Schmuck“ hat entstehen lassen. In knapp sieben Jahren ist hier Großes geleistet worden.

Das vor den Toren Berlins liegende 50 000 Hektar große Buch wird, wenn es vollständig kultiviert ist, die Nahrungs- und Futterversorgung Berlins ganz wesentlich erleichtern.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Die Beratung der zum Gesetz zum Schutze der Republik eingehenden Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen der Selbstschutzborgensorganisationen, über die Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind und betreffend die Königsberger Hindenburgfeier sowie die der Sozialdemokraten über antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und der Reichswehr steht auf der Tagesordnung.

Hg. Dr. Moses (U.S.P.) begründet die ersten Interpellationen. Wenn ein Beschützer des Mörders Junge der Rosa Luxemburg und Liebknecht an diesen geschrieben hat: „Die deutschnationale Partei muß für Sie sorgen“, so ist selbstverständlich, daß Schützer und Förderer eines Mörders die gleiche Strafe wie diesen trifft. Wir unterscheiden sehr wohl zwischen einem Düringer, Hochsch, Mutter Behm und einem Gemming und Helfferich. Von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Kotlanzeiger“ wird die Presse verächtlich. Es ist besser, daß die Republik verfassungswidrig lebt, als daß sie verfassungsmäßig zugrunde geht. Die Regimentsfeiern, wie auch die Hindenburgparade in Königsberg, werden zu Provokationen der Arbeiterklasse ausgenutzt. Und zur selben Stunde, als Mathenau ermordet wurde, schlug der durchlauchtigste Großmeister des Johanniterordens, Sr. Maj. Dognet Prinz Eitel Friedrich, in Potsdam neue Johanniterkrieger (Gelächter links). Auch die Paraden vor dem Wiltshof haben mit Erinnerungsfestern an Kriegserlebnisse nichts zu tun. Mag die deutsche Volkspartei, die bislang Schüller an Schüller hinter den deutschnationalen gestanden hat, angesichts der jetzigen Lage tun, was sie für erforderlich hält. Das Proletariat ist auf dem Weg zur Einigung. Es will heraus aus der jetzigen Moratmosphäre, sonst haben wir den Bürgerkrieg.

Am 3 Uhr wird die Verhandlung zur Gesamtstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches unterbrochen. — Das Gesetz wird angenommen.

Hierauf begründet Hg. Vogel-Franken (Soz.) die Interpellation betreffend antirepublikanische Kundgebungen von Mitgliedern der alten Armee und der Reichswehr. Die Regimentsfeiern, die vorwiegend von ehemaligen Offizieren veranstaltet werden, wachsen sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen aus und die Reichswehrtrouppen beteiligen sich daran. Im Reichswehrministerium erkennt man die Gefahren dieses Treibens noch immer nicht, oder will sie nicht erkennen. Am Schluß steht es in Bayern. Die Bevöl-

kerung wird zur Selbsthilfe schreiten, wenn die Provokationen der Reichswehr, die ganz ungeniert mit der Flagge schwarz-weiß-rot paradiert, nicht aufhören. Dazu kommt die neue Provokation durch Beförderung des Herrn von Könenfeld zum Kommandanten eines republikanischen Kriegsschiffs, womit sich Deutschland im Ausland nur lächerlich machen muß. Darum verlangen wir Garantien dafür, daß das Reichsministerium jetzt Ernst macht mit der Republik.

Reichsjustizminister Dr. Rabbruch bespricht die Schadenersatzforderungen in den sogenannten Waffenzwischenfällen, die in zwei Interpellationen angezogen sind. Gegen Schadloshaltung bei rechtsirrtümlichen Urteilen ist nichts einzumenden. Wenn, wie der Vorredner meinte, die bayerischen Polizeibehörden angewiesen seien, bei Anordnung des Reichsmandats vor Vollzug dieser Anordnungen die Sache dem bayerischen Minister des Innern vorzutragen, so entspricht das nicht der Reichsverfassung. Das Reich kann nicht darauf verzichten, seine Anordnungen sofort zur Durchführung zu bringen.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums, Major Schelcher, verliest, von ständigen Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, eine lange Erklärung über das Verhalten der Truppen bei der Hindenburgfeier in Königsberg. Die Truppen haben alle Abmahnungen innegehalten, die mit dem dortigen Polizeipräsidium vorher vereinbart waren; nicht so aber die Demonstranten. Der Überfall war vorbereitet, und die kleine Truppe befand sich in der Notwehr. Die Teilnahme der Reichswehr bei Führung von Gefallen soll die Liebe zum deutschen Vaterland pflegen und wie die Regimentsfeste selbst, ein Mittel sein, über die im Volke vorhandenen Gegensätze hinwegzuführen (Gelächter links).

Reichswehrminister Gessler: Obwohl unsere Rechtsmittel gegen die Organisationen bislang nur gering waren, haben wir doch schon im vorigen Herbst eine Reihe von Bänden verboten. Jetzt haben wir allerdings andere Mittel, und es sind daraufhin in Preußen, Sachsen und Thüringen eine große Reihe von Organisationen verboten worden. Darunter sind diejenigen des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, eine große Anzahl von Jugendbänden, der Bund nationaler Soldaten, die Stahlhelmvereinigungen usw. Ob die Mittel ausreichen werden, wird die Zukunft lehren. Wir haben dem Reichsrat erneut ein Reichspolizeigesetz vorgelegt; es wird auch Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Wir sind mit größter Strenge vorgegangen. Wir wissen aber, daß diese Vereinigungen nicht alle aus Bosheit entstanden sind. Andererseits stellt uns die Auflösung dieser Vereinigungen vor neue Aufgaben. Schon bei den Auflösungen im Herbst haben wir versucht, die durch die Auflösung brotlos gewordenen Existenzen wirtschaftlich unterzubringen. Auch jetzt haben wir in Oberpfalen wegen Hunderten von Selbstschutzbündlern, die erloschen sind, Hunderte in Verbindung gesetzt mit dem Gewerkschaftsbund und der Industrie, und ich freue mich, sagen zu können, daß der Gewerkschaftsbund bereit ist, diesen Leuten wirtschaftlich zu helfen.

Es folgt die Besprechung der Interpellationen:

Hg. Guno (D. Vp.): Hindenburg ist hochbetagt noch einmal in seine Heimat gefahren und in die Städte, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatten. Die Veranstaltung war ganz unpolitisch. Die Begeisterung war ungeheuer. Einen Mann, wie Hindenburg, parteipolitisch zu stemeln, ist unerhört. Schämten müssen wir uns im Ausland, Weisfall rechts, Handklatzen auf den Tribünen. Wüßte Lärm bei den Unabhängigen und Kommunisten, welche die sofortige Nennung der Tribüne verlangen. Glode des Präsidenten. Im Saal bilden sich erregte debattierende Gruppen. Eine Anzahl Tribünenbesucher werden von ihnen zum Verlassen der Tribüne veranlaßt. Redner geht sodann unter fortwährenden Unterbrechungen der Linken und stürmischen Erwidern der Rechten auf die Einzelheiten des Hindenburgbesuches in Königsberg ein.

Hg. Hensel (DntL): Die ganze Interpellation hatte nur den Zweck, ein Trommelfeuer gegen die deutschnationalen zu veranstalten. Die Selbstschutzborgensorganisationen sind nur eine Gegenmaßnahme gegen linksradikale Ausschreitungen, und die Regimentsfeiern dienen nur der Kameradschaft. Wir werden uns das deutsche Heer und seine Großtaten nicht aus dem Herzen reißen lassen. (Weisfall rechts, Lärm links). Die Heimat ist dem Heer in den Rücken gefallen. Die Linke sollte sich schämen, ein neues Zuchtgesetz zu machen. (Wütender Lärm links und Mitte: Unverschämtheit, Bluthund. Die Abgeordneten der Linken drängen auf den Redner ein. Präsident Lobe unterbricht die Sitzung. Der Lärm legt sich erst allmählich.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Präsident Lobe, der Abgeordnete Hensel habe sich bei dem Satz „in den Rücken fallen“ auf den Magdeburger Stadtverordneten Rater berufen wollen, und erteilt dem Abgeordneten Hensel erneut das Wort. Die Linke fährt von neuem und bringt unter wüstem Lärm gegen die Rednertribüne vor.

Darauf schließt Präsident Lobe gegen 7 Uhr die Sitzung. Morgen nachmittag 4 Uhr: Weiterberatung.

Eine Anfrage an die Deutsche Volkspartei.

Die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Unabhängigen, in die gegenwärtige Regierungskoalition einzutreten, und die auf der Linie dieser Tatsache seit Tagen zwischen den beiden sozialistischen Parteien geführten Verhandlungen haben H. A. H. H. die Fraktionsführer des Zentrums und der Demokraten veranlaßt, nun ihrerseits auch die Möglichkeit einer Regierungserweiterung nach rechts zu versuchen. Diesem Bestreben entspricht ein Brief, den namens ihrer Fraktionen die Abgeordneten Marx und Dr. Koch an die Deutsche Volkspartei gerichtet haben. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die Not der Stunde verlangt mehr denn je die Heranziehung aller, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind.“

Innerspolitisch hat der Wort an Mathenau samt seinen Folgen allen Schichten des Volkes die Augen darüber geöffnet, an welchem Abgrunde wir stehen. Vom Auslande haben wir Verständnis und Hilfe nur zu erwarten, wenn die Politik des Reiches von den weitesten Schichten des Volkes unterstützt wird und dadurch die Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung dauernder Zustände im politischen und wirtschaftlichen Leben in sich trägt.

Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten Koller, Heine und Stresemann in der letzten Zeit im Reichstag über unsere außen- und innerspolitische Lage gemacht haben, für möglich, wenn guter Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich ist. Deshalb wird von den in den Regierungen zu vereinigen Parteien jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb des Parlaments zu vermeiden und die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staate sind

durch das Gesetz zum Schutze der Republik alle Nachmittel zu gewähren, deren er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle Bemühungen der Regierung unsere außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, sind zu unterstützen. Wir bitten um eine gefällige Äußerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.“

Wie man sieht, wird hier von der Haltung der ebenfalls zur Regierungskoalition gehörenden Mehrheitssozialdemokratie nicht gesprochen. deren Stellungnahme bleibt nun abzuwarten.

Die Koalitionsbereitschaft der Unabhängigen.

Die Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands legt in einer Kundgebung an die Parteimitglieder die Gründe dar, die sie zu dem Entschluß gebracht haben, in das Kabinett Wirth einzutreten.

„Ein Gesetz zum Schutze der Republik“, so heißt es zum Schluß, „soll die Grundlage schaffen zur Niederhaltung der Reaktion und zur Sicherung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen. Diese Maßnahmen können wirksam nur durchgeführt werden, wenn die Verfügungsgewalt über die Staatsmacht in den Händen entschlossener Republikaner liegt. In dieser Situation erfordert es die Einheit des Proletariats, daß auch die unabhängige Sozialdemokratie bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen in die Regierung einzutreten und damit die Exekutive mit in die Hand zu nehmen. Der eventuelle Eintritt von unabhängigen Sozialdemokraten in die Reichsregierung wäre ein außerordentlicher Schritt in einer außerordentlichen Situation. Die Haltung der U.S.P. ist auch bei dieser ersten Entscheidung bestimmt durch die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung.“

Der Reichsrat und die politischen Beamtenpflichten.

Im Reichsrat wurde gestern der Gesetzentwurf über die Pflicht der Beamten zum Schutze der Republik in der Gesamtstimmung mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Dafür stimmten das preussische Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, die Vertreter der Provinzen Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover, sowie die Vertreter aller Länder mit Ausnahme Bayerns; außer Bayern stimmten gegen das Gesetz die Vertreter der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau; der Vertreter von Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Falsche Gerüchte.

Von zuständiger Seite aus Berlin wird mitgeteilt: Infolge des Nichterscheinens der bürgerlichen Zeitungen wurden in den letzten Tagen in Berlin wilde Gerüchte verbreitet, die in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung lebhaftest Verunsicherung hervorgerufen haben. Im besonderen wird verbreitet, daß bekannte Persönlichkeiten Nordatlantiken zum Opfer gefallen sein sollen. An allen Gerüchten ist kein wahres Wort. Die Bevölkerung wird gebeten, alle Verbreiter derartigen Gerüchte auf das Schädliche ihres Tuns nachdrücklich hinzuweisen.

Reaktionäre Elster-Marine.

Der „Ff. Bl.“ wird aus Hamburg vom 6. Juli berichtet: Auf der Außenküste, die jeden Abend von zahllosen Wasserflugzeugen besetzt ist, veranstaltete gestern in der Bucht vor dem Uhlendorfer Fährhaus eine Menge Boote mit schwarz-weiß-roten Flaggen unter Führung eines Bootes, das die alte Kriegsflagge schwenkte, eine reaktionäre Flaggen demonstration. Man verlangte von der Musikkapelle des Fährhauses, daß sie das Flaggengespiel, und als die Kapelle nicht darauf einging, legte ein ohrenbeißendes Pfeifen und Johlen ein, so daß das Konzert im Fährhaus abgebrochen werden mußte. Die Polizeibehörde hat darauf zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die Uhlendorfer Bucht bis auf weiteres für Boote gesperrt und Maßnahmen getroffen, um weiteren Aufstrebungen vorzubeugen.

Das Ausland und die deutsche Krise.

Als für die Gedanken, wenigstens noch nicht für die Taten der Alliierten bezeichnend, verdient ein Berliner Bericht des „Daily Telegraph“ Erwähnung, der, nach einer Meldung der „Ff. Bl.“ aus London, folgendes als die Meinung nicht-deutscher Finanzkreise meldet: Die Welt-Waluta habe den Gefährpunkt erreicht und im Oktober wäre es bereits zu spät für eine Aktion der Alliierten in der Richtung auf eine Stabilisierung. Deshalb sei nunmehr wenigstens eine kleine Anleihe oder ein kurzer Ausfluß für die weiteren Zahlungen ratsam, denn die Zahlung von monatlichen Raten führe unbedingt zu einer weiteren Steigerung der Inflation, während andererseits in Anbetracht des den Vorschlag übersteigenden Ertrags der Steuern eine Balanzierung des inneren Reichsbudgets möglich erscheine.

Bemerkenswert ist auch, daß der Bericht als Argument hinzusetzt, die Konkurrenz Deutschlands als Unterbieters auf dem Weltmarkt sei jetzt wesentlich vermindert.

Zum Hochverratsprozeß v. Leopredting.

Von zuständiger Seite in Berlin wird mitgeteilt: Im Hochverratsprozeß Leopredting ist in verschiedenen bayerischen Blättern über die illegalen Beziehungen des Verurteilten zu amtlichen Berliner Stellen berichtet worden. Die Reichsregierung legt den größten Wert auf vollständige Aufklärung und stellt fest: Der Reichsanwalt hat zu Leopredting keinerlei Beziehungen gehabt. Der Vertreter der Reichsregierung in Bayern hat mit Leopredting keinerlei Beziehungen gehabt. Reiches oder gegen Bayern verstoßene Beziehungen gehabt. Der Chef der Kanzlei des Reichsanwalts hat Leopredting lediglich wie jeden anderen Besucher empfangen, um seine Anliegen festzustellen, und weder der Person, noch die Mitteilungen Leopredtings irgend welche Bedeutung beigemessen. Der Chef der Reichspressenleitung hat Leopredting lediglich als Journalisten empfangen, wie dies in den Kreis seiner amtlichen Aufgaben gehört. Als sich der Verdacht ergab, daß Leopredting zu Mitteilungen über Vorgänge im Zeitungswesen nicht legitimiert war, wurde der Verkehr der Reichspressenleitung mit Leopredting abgebrochen. Es wurden Leopredting in seiner Tätigkeit als politischer Agent von keiner Reichsstelle irgend welche Mittel zur Verfügung gestellt. Von keiner Stelle wurden Leopredting politische Mitteilungen von irgend welcher Bedeutung gemacht. Nach diesen Feststellungen ist hoffentlich jeder Zweifel darüber behoben, daß der wegen Hochverrats verurteilte Freiberger von Leopredting zu Verhinderung Bayerns oder irgend einer anderen lokalen Tätigkeit in Bayern benutzt worden sei.

Die italienischen Rekrutenausbildungen im deutschen Südtirol.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Oz. Kor.“: Das härteste Los der Südtiroler Deutschen ist die Dienstpflicht für das italienische Militär. Man kann sich denken, mit welchen Gefühlen die Bevölkerung die Musterung der jungen Leute begleitet, deren Brüder und Väter noch vor wenigen Jahren im Kampfe gegen dieselbe Nation standen, der sie jetzt Kreuze schenken sollen. Entsagen früheren Zusagen, die eine milde Handhabung der Dienstpflicht gegenüber den Deutschen in Aussicht stellt, ist die Zahl der als Rekruten zurückgehaltenen Leute außerordentlich hoch. Durchschnittlich werden 97 Prozent der Stellungspflichtigen behalten. In der ardeutschen Stadt Sierzing wurden von 38 Stellungspflichtigen 37 als tauglich erklärt, von der Gemeinde Brenner alle 14. In St. Leonhard im Passeier, der Heimat Andreas Hofers, wurden von 64 Mann 61 zurückbehalten. Viele der unglücklichen Burken tragen bei der Musterung schwarze Schleifen, nicht ein einziger Fieber, den Schmutz der Tiroler Jugend bei Fremdenfesten. Es ist ein Zeichen für die große Selbstbeherrschung der Südtiroler Bevölkerung, daß bei den Musterungen soweit bisher bekannt, irgendwelche Zwischenfälle sich nicht ereignet haben.

In einer in Innsbruck stattgefundenen Protestversammlung gegen die Massenaushebungen junger Deutsche in Südtirol für die italienische Armee wurde folgende Entschliessung gefaßt:

„Mit Rücksicht jeden natürlichen Rechts u. Empfindens und tausendjähriger Überlieferung hob Italien in dem widerben oftmals erklärten Willen seiner deutschen und lateinischen Bevölkerung anerkannter Südtirol fast die ganze männliche Jugend für das italienische Heer aus und zwar unmittelbar nach den Abrüstungs- und Friedenskongressen von Washington und Genoa, knapp vor der Tagung der über Abrüstung, Frieden, Völkerberührung und Minderheitenfragen beratenden Völkerbundtagung in Prag und kurz vor dem Friedenskongress in Haag.

Diese beispiellose Auentierung, die für die Sicherheit des italienischen Volkes nicht im geringsten notwendig war, ist ein das Rechtsgefühl empfindender Schlag gegen jene Völkerverwahrung, welche die edelsten Geister aller Völker erschauern. Sie steht auch mit der bisherigen Geschichte der italienischen Demokratie und dem zu Beginn und während des Weltkrieges so oft mit lautstarken Worten beteuerten Kampfe gegen den Militarismus im greifsten Gegensatz und Widerspruch. Wenn die so oft widersprochene und verführte Abrüstung so aussieht, ist sie die minderwertigste Kamdie, welche die Welt je gesehen hat, und ein zerrütteter wirklicher Völkerverwahrungsmittel, das die durch Krieg und naturwidrige Friedensschlüsse gerüttelte Welt nur gefunden kann durch wahre Freiheit, Gleichberechtigung, Achtung jedes Volkes, auch des deutschen Kulturvolkes und Anerkennung seiner freien Selbstbestimmung, nicht aber durch Sichelberührung, Gewalt und Unterdrückung, rufft die am 8. Juni in Innsbruck abgehaltene Massenversammlung der Bewohner der Hauptstadt des lebensunfähig verfallenen Landes Tirol das Gewissen der gesamten zivilisierten Menschheit ohne Unterschied der Staats- und Volkzugehörigkeit an!

Kurze polit. Nachrichten.

* Von den Deutschnationalen. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der deutschnationale Parteivorstand den Versuch mit dem deutschnationalen Flügel der Deutschnationalen Partei mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch der Antrag, den Abgeordneten Wulle auszuscheiden, fand keine Annahme.

W. W. Schus für die Zeitungsbetriebe. Aus Anlaß der in den letzten Tagen an verschiedenen Orten des Reiches begangenen Ausfälschungen gegen Zeitungsbetriebe hat der Verein Deutscher Zeitungsbetriebe das Reichsministerium des Innern mit allem Nachdruck gebeten, geeignete Schritte zum Schutze der Zeitungsbetriebe zu unternehmen.

Die englischen Eisenbahner gegen den Vertrag von Versailles. Die Jahreskonferenz des englischen Nationalverbandes der Eisenbahner, die zurzeit in Bradford stattfindet, hat eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung dringend aufgefordert wird, sofortige Schritte zur Änderung des Versailleser Vertrages zu tun, der für die augenblickliche anormale Arbeitslosigkeit verantwortlich sei. Der Sekretär des Verbandes, das Parlamentsmitglied Thomas, kritisierte die französische Politik gegenüber Deutschland, da sie die beiden Feinde der augenblicklichen deutschen Regierung ermüde, nämlich die Kommunisten und die Militaristen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 6. Juli.

In der Einzelberatung des Voranschlages für das Arbeitsministerium begründet Frau Abg. Richter (Dl.) einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Teuerungszulage an die Kriegsbeschädigten, Witwen und Altweterranen.

Regierungsrat von Babo (Vorstand der Hauptfürsorgestelle), äußert sich über die gesetzlichen Grundlagen der Rentenversorgung. Der neue Entwurf des Reichsversorgungsgesetzes bringe unverkennbare Verbesserungen; doch verleihe der sozialen Fürsorge immer noch ein breiter Raum. Die badische Regierung begrüße lebhaft alle Maßnahmen zur Linderung des traurigen Loses der Kriegsoffer und werde die Wünsche des Hauses in dieser Richtung gerne in Berlin vertreten.

Abg. Großhans (Soz.) stellt mit Bedauern fest, daß trotz aller schönen Worte sich die Lage der Kriegsoffer bis heute nicht gebessert hat.

Abg. Frau Siebert (Dl.) will endlich die Fliegergeschäden in Südbadensdeutschland reichsrechtlich in annehmbarer Weise geregelt wissen.

Abg. Frau Unger (U. S. P.) fordert in den schärfsten Ausdrücken eine Besserstellung der Kriegsbeschädigten.

Abg. Weiskmann (Soz.): Die Mißstände sind groß und müssen beseitigt werden. Neben bittet, das Taschengeld der Lazarettinsassen (5 M.) zu erhöhen.

Abg. Biegelmeier-Oberkirch (Dl.). Für das Hausgeld der Kriegsbeschädigten während des Heilverfahrens muß die Allgemeinheit aufkommen.

Minister Dr. Engler erklärt zum Antrag Richter: Das Reichsarbeitsministerium steht in Rentenfragen auf dem Standpunkt, daß allen Empfängern nur ein Minimum gegeben werden kann und im Bedarfsfälle die Wohlfahrtspflege eingreifen muß. Unsere Finanzlage giebt leider Grenzen. Im Sinne der Abg. Großhans und Unger sollte man nicht über das Versorgungswesen reden. Die Renten sind weitgehend geregelt und gesichert. Es ist aber nicht so, als ob

man sich darüber hinaus nicht um die Kriegsbeschädigten kümmerte. Diese Aufgabe fällt der Kriegsfürsorge zu.

Fischer-Reichenheim (Landbund) u. Dr. Baumgartner (Dl.). Letzterer wie auch Abg. Glodner und der Minister sind mit der Tendenz des Antrages Richter einverstanden, wünschen aber angesichts seiner Tragweite eine Einschränkung derart, daß die Regierung zunächst die Sache prüfen soll.

Abg. Weiskmann (Soz.) lenkt das Augenmerk auf das wichtige Gebiet der sozialen Hygiene.

Abg. Hartmann (Dl.) wünscht Errichtung einer Kinderheilanstalt zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Minister Dr. Engler teilt mit, daß hierüber Unterhandlungen im Gange seien. Abg. Kaufs (Soz.) hofft, daß die Landesversicherungsanstalt bald dem dringenden Bedürfnis der Heilfürsorge gerecht werden kann.

Bei der Position „Heilanstalten“ stimmt das Haus einem Antrag auf staatliche Hilfe zur Fortführung des Betriebs der Heilanstalt Stammersberg (Bezirgsrat) zu.

Ein Wort für die Fürsorgeeinheiten und deren gründliche Ausbildung legt die Frau Abg. Fischer (Soz.) ein.

Nach weiterer Debatte über die Tuberkulosefürsorge und Kinderheimstätten, sowie des Seelingswesens wird die weitere Aussprache auf morgen vormittag verlagert.

Karlsruhe, 7. Juli.

Das Haus beschäftigte sich zunächst eingehend mit dem Seelingswesen, wobei Minister Dr. Engler bemerkte, daß für Baden eine weitestgehende Ausdehnung des auf norddeutsche Verhältnisse zugeschnittenen Reichsregelungsgesetzes angebracht sei. Ziel müsse sein, das Land möglichst berufsmäßigen Landwirten zuzuwenden.

Abg. Dr. Glodner erstattete zwischendurch Bericht über die Stellungnahme des Ausschusses zu den Anträgen betr. die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er empfiehlt folgenden Beschluß:

A) die Regierung zu ersuchen:

1. bei der bevorstehenden Reform des Reichsversorgungsgesetzes dafür einzutreten, daß 1. die Renten für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene dem gesamten Geldwert angepaßt und mit dem weiteren Fortschreiten der Geldentwertung jeweils alsbald erhöht werden, 2. eine Anrechnung der Bezüge aus einer Krankenkasse der Reichsversicherung oder aus einer Knappschaftskasse (§ 13 Abs. 2 RVG.) nicht mehr stattfindet, 3. in der Heilbehandlung eine Begrenzung auch dann nicht stattfindet, wenn eine Besserung des Gesundheitszustandes nicht mehr zu erwarten ist (§ 8 Abs. 4 RVG.), 4. in § 14 Abs. 1 RVG. die Worte „bis zum 1. April 1923“ beseitigt werden, 5. der Betrag, bei dem eine Kürzung der Rente erfolgt (§ 63 und 64 RVG.) wesentlich erhöht wird, 6. Schwerkriegsbeschädigte u. Kriegserwitwen von einer gewissen Einkommensgrenze ab von der Umsatzsteuer sowie dem Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftssteuerbeiträgen befreit werden;

II. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß 1. die Teuerungszuschüsse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen jeweils gleichzeitig mit der Aufbesserung der Beamtenbezüge entsprechend erhöht werden, 2. den erwerbsunfähigen Altbeteranen und Kriegserwitwen und den in der Ausbildung begriffenen Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten eine außerordentliche einmalige Teuerungszulage gewährt wird; B) die Anträge der Abg. Wülfel und Gen., Blase und Gen., Rigel und Gen., Richter und Gen. (nichtnumerierte Drucksache 40, 42, 43 und 46) durch die Beschlußfassung zu A für erledigt zu erklären.

Die Titel I bis VII des Voranschlages des Arbeitsministeriums finden schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen Annahme.

Angenommen werden ferner mehrere Anträge auf Erhöhung von Positionen im Wege des Nachtrages, sowie der Ansuchen für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Es folgte die Einzelberatung von Titel VIII bis XI (Wasser- und Straßenbau, Rheinschiffahrt, Geologische Landesaufnahme, Bergwesen).

Im Verlaufe der Debatte trat Abg. Dr. Behner (Dl.) für eine vollständige Neubearbeitung und Fortführung des 1852 begonnenen und in Nichtstand gebliebenen Katastervermessungswertes ein. Es müßten mehr Mittel und Personal zur Verfügung gestellt und für bessere Ausbildung gesorgt werden.

Der Präsident der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus Dr. Pauli ging auf die zahlreichen Einzelwünsche ein und verwies u. a. auf die schwierige Konzeptionsfrage bei den Oberbehörden. Man hoffe aber auf eine beiderseitig befriedigende Regelung, durch welche die deutschen wirtschaftlichen Interessen vollausgewahrt werden.

Für die Verbesserung der Landstrassenverhältnisse bei St. Blasien sind nach Mitteilung des Regierungsvortreters im Nachtrag 2 Millionen vorgesehen. Beabsichtigt ist eine intensivere und vereinfachte Bearbeitung des Vermessungswertes.

Titel 8-11 werden gleichfalls genehmigt, womit der Voranschlag des Arbeitsministeriums erledigt ist.

(Bei Redaktionschluss dauert die Sitzung fort.)

Die Vorgänge in Lörrach.

Aber die Vorgänge, die sich am 4. Juli in Lörrach abgespielt haben, sind Darstellungen im Anlauf, die die Haltung der im dortigen Bezirksamt zusammengewogenen Gendarmerie völlig unzutreffend wiedergeben. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Gendarmerie nicht, wie behauptet wird, durch die vor dem Bezirksamt demonstrierenden Mengen entwisst worden. Ein solcher Vorgang wäre auch mit dem Pflichtbewußtsein der badischen Gendarmerie unvereinbar. Die Gendarmerie ist vielmehr zunächst der andringenden Menge energig entgegengetreten. Sie verließ befehlsgemäß das Gebäude, nachdem die Menge den Platz und die Straße vor dem Bezirksamt geräumt hatte, und rüde bewaffnet und geschlossen in ihr Dienstzimmer im Amtsgesicht ab. Hier blieb sie bis gegen Mitternacht zusammen. Die von auswärts Kommandierten wurde je nach dem Abgang der Eisenbahnzüge im Laufe des Abends und der Nacht entlassen.

Der Prozeß des Abgeordneten Mager.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Heidelberger Schöffengericht wurde in der Beleidigungssache des deutschnationalen Abgeordneten Mager gegen Dr. Pfeffer, Chefredakteur des Heidelberger Tageblattes, dieser freigesprochen. Das Gericht erachtete die Beweisführung des Beklagten Dr. Pfeffer für im wesentlichen erbracht und brandmarkte das Verhalten des Abg. Mager in der Angelegenheit des Luftballonbaus in Mannheim-Sandhausen als mit der nationalen Würde eines Abgeordneten unvereinbar. Die Kosten fallen dem Privatkläger zu, zu denen eine Geldstrafe von 500 M. wegen Beleidigung kommt.

Die Kohlenversorgung Badens im Juni 1922.

Die badische Landeskohlenstelle teilt mit: Rheintwasserstand und Waggengestellung liegen im Monat Juni nichts zu wünschen übrig; trotzdem waren die Ankünfte an Brennstoffen durchaus unzureichend. In erster Linie litt hierunter die

Gesamtheit, die nur mit etwa der Hälfte ihres Kontingents bes liefert werden konnten; auch für den kommenden Monat sind nach den erhaltenen Auskünften die Aussichten auf eine Besserung der Gas Kohlenversorgung außerordentlich gering. Der Kohlenbedarf für die sonstigen Industrien konnte ebenfalls nur teilweise gedeckt werden.

Die Einfuhr von Saar- und englischer Kohle nahm erheblich zu; der Bezug muß bei der unzureichenden Belieferung Badens von der Ruhr auch weiterhin empfohlen werden. Eine Anrechnung auf das Kontingent wird voraussichtlich nicht erfolgen. Die Eingänge an Bedenkholz waren besser wie im Vormonat, reichten aber zur Deckung des Bedarfs trotzdem nicht aus.

Da die verhältnismäßige Besserung in der Belieferung nicht auf vermehrte Förderung, sondern auf die jetzt in der Hauptsache beendete Abfuhr der Haldebestände zurückzuführen ist, muß für den Monat Juli mit Minderbelieferungen gerechnet werden. Der Bezug von ausländischem Holz wird sich daher trotz des hohen Preises nicht umgehen lassen, um eine Einstellung der auf Holzverbrauch angewiesenen Industrien zu verhindern.

Die Anlieferung in rheinischen Braunkohlenbriketts war normal, entsprach jedoch nicht der Nachfrage. Die Eingänge in mitteldeutschen Briketts waren schleppend, gegen Ende des Monats infolge besonderer Maßnahmen etwas besser. Die Schmelzofenbelieferung bleibt dauernd ungenügend; infolge der hohen Anforderungen der Entente gerade in Qualitätskohlen kann hier am wenigsten mit einer nachhaltigen Besserung gerechnet werden. Es muß daher der Versuch gemacht werden, durch Beschaffung von ausländischen Kohlenorten Erleichterung zu schaffen.

Im Hausbrand macht sich der Brennstoffmangel während der Sommermonate nicht in vollem Maße fühlbar; die Belieferung der Bezugscheinhaber erfolgte aber außerordentlich schleppend. Es kann daher auch für den Hausbrand der Bezug von Auslandskohlen nur empfohlen werden.

Keine Einstellung der Kinderspeisungen.

Gegenüber anderslautenden Nachrichten teilt der seitens der ausländischen Spender und der Reichsregierung mit der Durchführung der Kinderspeisungen in Deutschland beauftragte Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe e. V. in Berlin NW 7, Dorotheenstr. 2, folgendes mit:

Die noch in Berlin befindlichen Mitglieder der amerikanischen Kinderhilfsmission der Quäter werden sich zwar von der persönlichen Mitarbeit an dem von ihnen bisher durchgeführten großen Werk der Kinderspeisung in den nächsten Wochen zurückziehen, die Speisungen selbst jedoch werden — wenn es möglicherweise in verringertem Umfang — auch nach dem 1. Oktober d. J. fortgeführt. Nach den aus Amerika vorliegenden Nachrichten soll die zurzeit im Gange befindliche 8 Millionen Dollaraktion bis zum 31. Juli ds. J. durch das sogenannte Campaign-Committee unter Vorsitz der Herren Henry Heide und Ferdinand Thun fortgesetzt werden. Da die Speisungen bis zum 30. September dieses Jahres bereits finanziert sind, stehen die Erträge aus den laufenden Sammlungen zusammen mit den von der Reichsregierung bewilligten Mitteln für den Winter zur Verfügung. Neue Sammlungen sollen unter Führung des Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York (Vorsitzender: der frühere Handelsminister Charles Nagel und H. Wagenstecher) im Herbst dieses Jahres beginnend durchgeführt werden.

Nach den am 1. Juni in New York gefaßten endgültigen Beschlüssen wird das Central Committee 60 Prozent der verfügbaren Mittel dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe e. V. zur Fortführung der Kinderspeisungen überweisen, weitere 20 Prozent sind für die Kinderspeisungen in Deutsch-Osterreich und die restlichen 20 Prozent für im einzelnen noch nicht festgelegte Zwecke bestimmt.

Für Kriegsbeschädigte u. deren Angehörige

Nach dem Reichsversorgungsgesetz können alle Ansprüche auf Versorgung, wozu in erster Linie auch die Heilbehandlung rechnet, nur auf Antrag gewährt werden. Es kommt nicht selten vor, daß Beschädigte an den Folgen ihrer Dienstbeschädigung schwer krank darniederliegen, ohne daß ihnen rechtzeitig diejenige Hilfe zuteil wird, die ihnen neben der Heilbehandlung durch die Krankentaxen noch durch die Versorgungsbekörde geleistet werden könnte (Pflegezulage, Rentenerhöhung). Stirbt ein solcher Kriegsbeschädigter an seinem Rentenleiden, ohne daß zu seinen Lebzeiten ein Antrag auf Rentenerhöhung oder Pflegezulage gestellt wird, so kann nachträglich weder die Rente erhöht noch eine Pflegezulage gewährt werden. Grundsätzlich setzt die Bewilligung eines höheren Anspruches erst mit dem Monat ein, in dem der Antrag gestellt ist. Deshalb ist es für die Kriegsbeschädigten und deren Angehörigen besonders wichtig, daß sie bei eintretender wesentlicher Verschlimmerung ihres auf Dienstbeschädigung beruhenden Leidens einen entsprechenden Antrag (auf Pflegezulage oder Rentenerhöhung) stellen, sobald zu erkennen ist, daß die Verschlimmerung voraussichtlich nicht eine vorübergehende ist.

Die deutsche Baunormung

wird erstmalig in diesem Sommer auf der Mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg (Mama) einen Gesamtüberblick über ihre Arbeiten geben und die wichtigsten der bisher genormten Bauteile einzeln in einem von der Mitteldeutschen Heimstätte, Hochbaunormung Sachsen-Anhalt, zu Magdeburg errichteten Pavillon ausstellen. Alle Besucher der Ausstellung werden sich leicht überzeugen können, in wie hohem Maße die Anwendung genormter Bauteile das Bauen vereinfacht, besonders, wenn, wie dies gerade in Magdeburg der Fall ist, die Auswertung der Normung in volkswirtschaftlicher Hinsicht energisch durchgeführt wird. Es geschieht dies durch Herstellen genormter Bauteile auf Vorrat in betriebsstillen Zeiten und Übernahme des Risikos beim Einkauf von Rohstoffen durch die kapitalkräftige gemeinnützige Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Das Handwerk, das gewissermaßen nur mit seiner Arbeitskraft herangezogen wird, hat also als Folge der Normung erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Es steht somit zu erwarten, daß gerade das deutsche Handwerk, das bisher der Normung gegenüber eine sehr abwartende Stellung eingenommen hat, auf Grund der Magdeburger Ausstellung in eigenen Interesse die Forderung nach weitgehender Durchführung der Baunormung im Kleinwohnungsbaue erheben wird.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 50 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums des Innern Handel mit Lebens- und Futtermitteln (Rartoffelhandel).

DZ. Freiburg i. Br., 6. Juli. In der Freiburger Universitätsrat hat sich dieser Tage unter starker Beteiligung der gesamten Studentenschaft ein deutsch-republikanischer Studentenbund gebildet. Zweck und Aufgabe des Bundes soll sein, alle auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Studenten zu einer Einheit zusammenzufassen. Die Gründungsversammlung, die stark besucht war, beschloß einmütig, folgendes Telegramm an den Reichskanzler anzuschicken: Der deutsch-republikanische Studentenbund, der sich an der Freiburger Universität konstituiert hat, steht fest zur deutschen Republik.

DZ. Freiburg i. Br., 6. Juli. Nach mehr als achthjähriger Dauer können die Wiederherstellungsarbeiten am Turme des Freiburger Münsters als beendet gelten. Nach und nach ist das Gerüst abgetragen worden, welches dieses herrliche Bauwerk bis an die äußerste Spitze lange Zeit einhüllte. Jetzt wird der Blick nur noch durch einige wenige Balken gestört, die aber wohl auch demnächst verschwinden werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das schwierige Werk ohne jeden Unfall ausgeführt werden konnte.

DZ. Konstanz, 5. Juli. Die gestrige Demonstration der sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften, ist im allgemeinen ruhig verlaufen. In einzelnen Betrieben wurden Arbeitswillige mit Gewalt gezwungen, die Arbeit niederzuliegen.

Aus der Landeshauptstadt.

* 50. Geburtstag. Professor Albert Dautenfein vollendet heute sein 50. Lebensjahr. Der Künstler hat sich sowohl als Maler wie als Lehrer an der Landeskunstschule einen angesehenen Namen erworben. Den Glückwünschen, die ihm zum heutigen Tag dargebracht werden, schließen auch wir uns an.

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187, zeigt vom 3.—31. Juli 1922 eine Sonderausstellung Gemälde von K. Ludwig Nagel, ferner Einzelwerke von Prof. W. Volz, B. Gaud, R. Probst, W. Hemping und R. Keller. Von Daniela Volz-Strebinger sind eine größere Kollektion Zeichnungen sowie einige Gemälde neu ausgestellt.

DZ. Unbekannte Leiche. Am 27. v. M., abends 9 Uhr wurde unterhalb Maxau beobachtet, wie ein junger Mann in den Rhein sprang und ertrank. Sein leuchtendes Hut mit schwarzem Band, worin eine Postgewerkschaftszeitung lag, ist zurückgeblieben und im Rathaus in Nienlingen niedergelegt. Die Leiche wurde in Hohenheim bei Schwetzingen angeschwemmt.

DZ. Einbruchsdiebstähle. In der Zeit vom 10. Juni bis 8. Juli 1922 drangen unbekannt Einbrecher während der Abwesenheit der Bewohner in eine Wohnung der Schumannstraße ein, erbrachen Kisten usw. und entwendeten Gegenstände im Gesamtwerte von 89 910 M., sogar die Vorhänge schnitten sie von den Fenstern ab. U. a. stahlen sie auch zehn neue Reintücher, 18 Stück neue Tischdecken, aus Damast, 19 neue Damastdeckentücher, 12 Damasthandtücher, 1 Opernglas, Perlmutter vergolbet, eine silberne Obstschale, eine silberne Zuckerzange, 3 silberne Salzbecher mit Löffeln (Altertum).

DZ. Selbstmordversuch. Aus Nahrungsorgen erhängt sich gestern vormittag eine Frau in ihrer Wohnung in der Bürgerstraße. Sie wurde von einem Hausbewohner abgehängt. Die sofort angelegten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg; die Frau wurde nach dem Diakonissenhaus verbracht.

Staatsanzeiger.

Sammlung.

Dem „deutschen Notbund gegen die schwarze Schmach“ wurde zugunsten seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Werbung von Mitgliedern durch Werbeschreiben, Plakate, Aufrufe in der

Presse und Propagandabroschüren, sowie die Sammlung von Geldspenden durch Werbeschreiben und Sammlungen auf Vortragsabenden und Versammlungen des deutschen Notbundes für das badische Staatsgebiet bis zum 30. September 1922, erteilt.

Karlsruhe, den 4. Juli 1922.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein. Müller.

Bekanntmachung.

Den Betrieb eines Totalfaktors beim Pferderennen in Willstätt.

Dem Hanauer Rennverein Willstätt wurde die Erlaubnis erteilt, bei den von ihm am 9. Juli 1922 veranstalteten Pferderennen auf dem Rennplatz in Willstätt ein öffentliches Totalfaktorunternehmen zu betreiben.

Karlsruhe, den 6. Juli 1922.
Badisches Ministerium des Innern.
Kemmeler. Müller.

Verzeichnis der Mitglieder des Landesbahnrats Karlsruhe und ihrer Stellvertreter. 1922/1923.

I. Von der badischen Regierung ernannt:

Oberbürgermeister Dr. Ruper, Mannheim. Stellv. Oberbürgermeister Dr. Finter, Karlsruhe.
Konful Menginger, Präsident des Badischen Verkehrsverbandes, Karlsruhe. Stellv. Altkonful Viktor Darmstadt, Vorsitzender des Verkehrsvereins, Mannheim.
Reedereidirektor G. Jäger, Mannheim. Stellv. Reedereidirektor Heinrich Baeder, Mannheim.
Dr. Walter Hartmann, stellv. Syndikus beim Verband süddeutscher Industrieller, Mannheim. Stellv. Fabrikant Karl Schindler, Windischlag bei Offenburg.
Direktor Kauf, Oberheinische Eisenbahn-Gesellschaft A.-G., Mannheim. Stellv. Direktor Köhler, Bad. Lokal-Eisenbahn A.-G., Karlsruhe.
Kaufmann Heinrich Graf II, Mannheim. Stellv. Kaufmann Emil Braun, Freiburg, Dreisgau (Dreisgaustr. 37).
Geschäftsführer A. Obermaier, Lebensbedürfnisverein, Freiburg, Dreisgau. Stellv. Rudolf Thumann, Lebensbedürfnisverein, Karlsruhe.

II. Von der preussischen Regierung ernannt:
Regierungspräsident Dr. Belzer, Sigmaringen. Stellv. Regierungs- und Baurat Wolsjan, Sigmaringen.

III. Von den Handelskammern gewählt:

Mannheim: Fabrikant Richard Penel, Mannheim. Stellv. Kommerzienrat Richard Sauerbied, Mannheim.
Heidelberg: Weinbändler Karl Abrie, Heidelberg. Stellv. Hotelier Fritz Gubler, Heidelberg.
Karlsruhe: Kommerzienrat Richard Gell, Karlsruhe. Stellv. Fabrikant Ed. Kühn, Ettlingen.
Pforzheim: Großhändler S. Maurer, Pforzheim. Stellv. Fabrikant Valentin Broß, Pforzheim.
Lahr: Kommerzienrat Max Heiblauff, Lahr. Stellv. Direktor Wilhelm Kapferer, Lahr.
Freiburg: Bankier Ad. Krebs, Freiburg. Stellv. Hotelier Karl Burkhardt, Freiburg.
Schopfheim: Kommerzienrat Emil Garnier, Dörrach. Stellv. Fabrikant Bruno Lauble (für Handelskammer Bülkingen), Triberg.

Konstanz: Direktor Dr. R. Brüggemann, Singen, Hohentwiel. Stellv. Drogeriebesitzer Fritz Gräbmann, Konstanz.

IV. Von den Handwerkskammern gewählt:

Freiburg: Syndikus Hermann Gdery, Geschäftsführer der Handwerkskammer Freiburg, Dreisgau, Freiburg, Dreisgau (Gedanstr. 28). Stellv. Baumeister

August Weis II, Vorsitzender der Handwerkskammer Freiburg, Dörrach (Wilhelmstr.).
Karlsruhe: Heinrich Wagner, Ehrenobermeister und Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Karlsruhe. Pforzheim, Ramestr. 18. Stellv. Ernst Hum, Schlossermeister und 2. Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe, Karlsruhe (Waldhornstr. 10).

Konstanz: Schneidermeister und Bürgermeister Dominikus Graf, Kisten bei Singen, Hohentwiel. Stellv. Schmiedemeister und Kammerpräsident Sauter, Konstanz.

Mannheim: Schneidermeister Karl Kappes, Berthelm. Stellv. Buchdruckereibesitzer Richard Weith, Mannheim (Merzstr. 7).

V. Von der Landwirtschaftskammer gewählt:

Verbandsdirektor, Landtagsabgeordneter Schön, Karlsruhe. Stellv. Wilhelm Drexler, Bürgermeister, Allmannsweier, Amt Lahr.
Freiherr von und zu Mengingen, Mengingen, Amt Bruchsal. Stellv. Kamper Schill, Landwirt und Gemeinderat, Kirchhausen, Amt Freiburg.
Johann Weisshaupt, Landwirt und Bürgermeister, Weiskirch. Stellv. Theodor Schittenhelm, Oekonomierat, Landw. Schule, Angulenberg, Amt Durlach.
Dr. Heinrich Angenheister, Generaldirektor des badischen Bauernvereins, Freiburg. Stellv. Gustav Bierneisel, Bürgermeister und Landwirt, Lauda, Amt Laubersbühl.

VI. Von den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer gewählt:

Rud. Köppen, Mannheim (Schanzstr. 26). Stellv. Rudolf Köbler, Pforzheim (Emma Jägerstr. 7).
Alwin Fröhlich, Mannheim (P 4, 4/6). Stellv. Karl Huber, Singen, Hohentwiel (Melsaingerstr. 17).
Gustav Schulenburg, Karlsruhe (Friedrichsplatz 11). Stellv. Johann Wannenmacher, Freiburg i. B. (Schwabentorstr. 2).
Christian Schneider, Karlsruhe (Sommerstr. 18). Stellv. Julius Sulzer, Baden-Baden (Eichstr. 13).
Hermann Bartels, Heidelberg (Weichstr. 1a). Stellv. Wilhelm Bohmann, Mannheim (Schanzstr. 26).
Karl Hof, Karlsruhe (Kaiserstr. 26). Stellv. Heinrich Wehling, Karlsruhe (Königsstr. 84).
Ernst Kümmele, Dörrach, Baden (Carl Friedrichsplatz 1). Stellv. Franz Stöcker, Karlsruhe (Kirchstr. 116).
Deutscher Beamtenbund: Minist.-Beamtenschaft Ost, Karlsruhe, Beamtenbund (Notwackanlage 19). Stellv. Walther Reichspostgewerkschaft, Karlsruhe (Notwackanlage 19).

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Kath. Kultus.

Der von Seiner Erzhelzigkeit dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Dörrach, Dekanats Bülkingen, ernannte Pfarrer Alois Baas, seither Pfarrer in Gärtenbach, wurde am 28. Mai d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzhelzigkeit dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Zeutern, Dekanats St. Leon, ernannte Pfarrer Josef Braunstein, seither Pfarrer in Overgimpern, wurde am 5. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzhelzigkeit dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Werbachhausen, Dekanats Laubersbühl, ernannte Pfarrer Hermann Ebn, seither Pfarrer in Zeutern, wurde am 11. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Badisches Landestheater.
Samstag, 8. Juli. 7 Uhr. 35 Mk.
Volkshöhle N 4.
Die Weber.

GALERIE MOOS
187 Kaiserstraße 187
K. Ludw. Nagel
D. Volz — Strebinger u. a.
Juli 1922. A. 402

Gutes Heu
in Wagenladungen
hat laufend abzugeben
W. F. Pfeiffer, Futtermittel
Augartenstr. 75 Karlsruhe Telefon 5544

Pluszug
aus der offiziellen Gewinnliste der am 9. und 10. Mai 1922 in Nürnberg öffentlich unter amtlicher Leitung stattgefundenen Ziehung der
15. Geldlotterie zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg
wobei auf nachstehende Nummern der für Baden genehmigten Lose folgende Gewinne fielen:
A. 1 Gewinn zu 1000 M. Nr. 40620.
B. 1 Gewinn zu 100 M. Nr. 51578.
C. Gewinne zu 50 M. Nr. 40074, 40768, 51977.
D. Gewinne zu 20 M. Nr. 51415, 51452, 112257, 113553, 116154, 116225, 117228, 117266, 117490, 117674, 117727, 121604, 197307, 197325, 197337.
E. Gewinne zu 10 M. Nr. 40213, 714, 51251, 266, 277, 389, 559, 581, 627, 661, 743, 770, 112310, 341, 366, 445, 474, 505, 541, 702, 113107, 186, 209, 330, 464, 494, 594, 758, 785, 788, 118660, 073, 201, 281, 336,

392, 413, 662, 881, 117241, 256, 267, 348, 531, 565, 909, 121044, 049, 248, 348, 437, 484, 505, 553, 563, 629, 826, 893, 122047, 112, 212, 218, 222, 409, 447, 543, 675, 713, 740, 872, 196029, 194, 217, 232, 248, 318, 323, 598, 623, 640, 647, 715, 742, 771, 844, 197064, 233, 293, 333, 601, 657.
F. Gewinne zu 6.— M. Nr. 40071, 079, 116, 186, 199, 212, 236, 244, 310, 328, 329, 465, 467, 551, 638, 676, 692, 767, 785, 787, 795, 867, 883, 955, 51006, 070, 114, 141, 156, 183, 205, 206, 208, 214, 232, 239, 240, 298, 309, 382, 440, 443, 541, 653, 656, 658, 682, 748, 753, 112007, 089, 108, 110, 143, 151, 243, 250, 284, 295, 320, 326, 332, 355, 401, 413, 437, 458, 490, 537, 546, 566, 567, 608, 646, 783, 791, 813, 841, 863, 875, 937, 978, 995, 113015, 070, 088, 102, 108, 114, 166, 193, 202, 251, 362, 405, 406, 408, 451, 458, 471, 565, 616, 621, 660, 679, 755, 764, 777, 911, 954, 966, 114064, 089, 227, 259, 266, 286, 289, 302, 307, 346, 417, 503, 515, 642, 716, 723, 725, 822, 934, 115002, 007, 045, 064, 069, 181, 198, 214, 238, 247, 256, 263, 304, 340, 371, 390, 424, 430, 443, 465, 491, 498, 553, 602, 673, 697, 740, 751, 769, 868, 886, 959, 965, 999, 121003, 026, 095, 155, 261, 281, 284, 311, 339, 341, 375, 431, 433, 452, 459, 489, 606, 684, 727, 781, 784, 929, 943, 960, 978, 122017, 072, 111, 122, 141, 215, 235, 248, 296, 343, 382, 416, 421, 511, 572, 646, 695, 712, 822, 990, 196053, 109, 199, 325, 414, 444, 459, 600, 674, 903, 925, 949, 197015, 085, 124, 147, 153, 200, 251, 314, 318, 321, 326, 419, 425, 448, 477, 519, 538, 549, 556, 573, 627, 661, 683, 698, 704, 721, 723, 724, 732, 791, 840.
Karlsruhe i. B., den 6. Juli 1922.
Die Generalagentur
Eberhard Feyer, Karlsruhe i. B., Pfendstr. 6, von welcher die Gewinne eingelöst werden.

Die Maul- und Klauenseuche in Spöck betr.
Nachdem in der Gemeinde Spöck die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden die angeordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben. O. 136
Karlsruhe, den 3. Juli 1922.
Bezirksamt Abt. II.

Gehobene Arbeiten: Für ein 9 Familienhaus in Waldshut öffentlich zu vergeben: Grab-, Maurer-, Zimmer-, Steinhauer-, Schmied-, Blech-, Dachdeckerarbeiten und Krägerlieferung. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen bei uns Zimmer Nr. 8 zur Einsicht auf, wo auch Abgabe der Angebotsurkunde.
Angebote, verschlossen, porto frei mit Aufschrift bis 20. Juli 1922, vormittags 9 Uhr, an uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Nahgegend für diese Verbindung ist die Verordnung des Bad. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907. O. 126
Waldshut, 4. Juli 1922.
Baubauinspektion.

Städt. Konzerthaus.
Gesamtgastspiel des Neuen Operetten- Theaters Bonn.
Leitung: A. 389
Direktor Adalbert Steffter.
Heute Freitag, den 7. Juli abends 7 1/2 Uhr
Zum letzten Male!
Alt-Wien
Morgen Samstag, 8. Juli abends 7 1/2 Uhr
Die keusche Susanne.
Sonntag, 9. Juli, 2 Vorstellungen
nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr
Die keusche Susanne.

Leere Carbiddrommeln
kauft zu 50—80 Mf. jede Menge
Ja. Eduard Walter
Heidelberg, Pföck 62
Fahrad-, Nähmaschinen-Erfab., Zubehörspezialität: Fahrradgummi, Carbiddrommeln, Schloffer, Öl, Taschenlampen, Batterien.
Weyers
Konversationslexikon
19 Bände, 6. Aufl., fast neu, preiswert zu verkaufen.
Friedrich Sälinger,
Kammeradvokat b. Offenbg.
O. 105.2.2 Karlsruhe. Der Monteur Friedrich Hermann, früher in Straßburg, jetzt in Freiburg i. B. wohnhaft, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Kullmann in Karlsruhe, klagt gegen seine Ehefrau Johanna geborene Kahn,

Buchhalterstelle.
Beim städt. Gaswerk ist die Stelle eines Buchhalters alsbald zu besetzen. (Gruppe VI des Reichsarbeitsgesetzes für Angestellte.) Im städt. Pflanz- und Rechnungswesen Erfahrene wollen ihre Bewerbungen beim städt. Rechnungsrat binnen 10 Tagen mit Zeugnissen und selbst geschriebenem Lebenslauf einreichen. A. 395.2.2
Bülkingen, 3. Juli 1922.
Gemeinderat.

Büroassistent
gut ausgebildet im Verwaltungs- und Grundbuchdienst auf 1. August gesucht. Besoldung nach Gruppe V evtl. VI des Reichsarbeitsgesetzes für Angestellte. Je nach Alter und Leistungen. Bei Bewährung dauernde Stellung. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis 15. Juli bei uns einzureichen. A. 403
Der Gemeinderat der Stadt Bülkingen.
Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung. Kaufsache vom 1. Vierteljahr 1922 und unanbringliche Güter, darunter 1 vermiethete Handfassete mit Warmvorrichtung und 1 Ausziehtisch aus Dienstadt den 11. Juli 1922, vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof, Eingang Magabahnhof. Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgeteilt.
Karlsruhe, 5. Juli 1922.
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.